

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Mit einer vernünftigen Energiepolitik die Energiekrise beenden, der Inflation entgegenwirken sowie Thüringer Unternehmen und Bürger entlasten - Fehlgeleitete Energiewende beenden, Merit-Order-Regel aussetzen, Nord-Stream-Pipelines reparieren und in Betrieb nehmen, Steuern senken

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. Thüringer Unternehmen durch die Energiepreisexplosion infolge der sogenannten Energiewende sowie infolge der Sanktionspolitik gegenüber Russland direkt oder indirekt negativ betroffen sind;
 2. dies insbesondere auf energieintensive Unternehmen zutrifft;
 3. die mittelständisch geprägte Wirtschaft des Freistaats durch die Belastungen infolge der sogenannten Energiewende und der Sanktionspolitik gegenüber Russland in ihrer Existenz gefährdet ist;
 4. energieintensive Unternehmen für die Thüringer Wirtschaft und den gesellschaftlichen Wohlstand eine unentbehrliche Rolle spielen;
 5. der Freistaat Thüringen in der Verantwortung steht, die Thüringer Unternehmen und Bürger in der Krise wirksam zu unterstützen;
 6. der Freistaat Thüringen dafür Sorge tragen muss, dass die betroffenen Betriebe und die entsprechenden Arbeitsplätze erhalten bleiben können;
 7. bei der notwendigen Entlastung der Unternehmen und Bürger darauf zu achten ist, dass zukünftige Generationen nicht unnötig belastet werden;
 8. der Freistaat Thüringen in der Verantwortung steht, über die Unterstützung der Thüringer Unternehmen hinaus die Ursachen der Energiekrise anzugehen und sich auf den entsprechenden Ebenen dafür einzusetzen, dass die verfehlte Politik, die ursächlich für die Energiekrise ist, beendet wird.
- II. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass
 1. die derzeitige Energiekrise direkte Folge verfehlter politischer Entscheidungen ist;
 2. die Politik der EU sowie der Bundes- und der Landesregierung die Verteuerung der Energie anheizt, private Verbraucher (Bürger und Unternehmen) in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet und den Wohlstand und den sozialen Frieden in Thüringen und Deutschland bedroht;

3. die von der EU, der Bundes- und der Landesregierung forcierte Ausrichtung auf sogenannte erneuerbare Energien die Abhängigkeit von Energieimporten erhöht und Preiserhöhungen verstärkt;
4. zur Sicherstellung der Energieversorgung und zur Abwendung eines Blackouts regelbare und grundlastfähige Energieerzeugungsträger dauerhaft unentbehrlich sind;
5. die Merit-Order-Regelung in der aktuellen Situation den Strompreis in die Höhe treibt, auf Kosten der Verbraucher zu ungerechtfertigten Mitnahmeeffekten, insbesondere für die Windkraft- und Solarenergieindustrie, führt und deshalb mindestens für die Dauer der Energieverknappung und Energieverteuerung ausgesetzt werden muss;
6. sich die CO₂-Steuer durch ihren Verteuerungseffekt negativ auf die Lebenshaltungskosten aller Haushalte (Inflation), auf die Wirtschaftsentwicklung in Thüringen und die Internationale Wettbewerbsfähigkeit Thüringens auswirkt;
7. die Hochbesteuerung fossiler Energieträger einen Wettbewerbsnachteil des heimischen Wirtschaftsstandorts darstellt und die Abwanderung von Unternehmen begünstigt;
8. die Reparatur und die Inbetriebnahme der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 der Gasverknappung und damit auch der Gasverteuerung entgegenwirken kann;
9. für die Überwindung der Energiekrise auch die Beendigung der für die Wirtschaft und Gesellschaft Thüringens und Deutschlands schädlichen Sanktionsspirale gegenüber Russland erforderlich ist.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die einseitige Ausrichtung auf nicht grundlastfähige, sogenannte erneuerbare Energien wie Wind- und Solarkraft zu beenden;
2. eine technologieoffene Energiepolitik unter Berücksichtigung des energiepolitischen Dreiecks, also Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltbilanz, zu gewährleisten;
3. die Bedeutung des Erdgases als unverzichtbaren Energieträger anzuerkennen;
4. sich für Erhalt und Stärkung der Thüringer Wälder als natürliche CO₂-Senken einzusetzen;
5. zur Abwendung eines großflächigen Stromausfalls die Energieversorgung nicht durch Transformationsexperimente im Namen der sogenannten Energiewende zu gefährden;
6. den Dekarbonisierungsbonus des Freistaats Thüringen als für die Krisenbewältigung ungeeignete Maßnahme zu verwerfen und Mittel stattdessen für die effektive Krisenbewältigung einzusetzen.

IV. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. die Merit-Order-Regelung mindestens für die Dauer der Energiekrise ausgesetzt und durch eine geeignete alternative Regelung ersetzt wird, durch die der Strompreis vom Gaspreis entkoppelt und stabilisiert wird;
2. die sogenannte CO₂-Steuer endgültig abgeschafft wird;
3. die einseitige Ausrichtung auf nichtgrundlastfähige Energieerzeugungsträger wie Wind oder Solar auch auf Bundesebene beendet wird;
4. regelbare und grundlastfähige, konventionelle Kraftwerke am Netz bleiben;
5. insbesondere die verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland über den April 2023 hinaus weiterbetrieben werden;

6. technologieoffene Forschung für die Energiegewinnung und -versorgung betrieben wird;
7. für die zuverlässige Gasversorgung in Deutschland und insbesondere für das zu einem großen Teil auf Erdgas angewiesene Thüringen die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 repariert und in Betrieb genommen werden;
8. eine Korrektur der Politik der Bundesregierung gegenüber Russland im Sinne einer Entschärfung der Sanktionsspirale erfolgt;
9. die Belieferungen mit Flüssiggas einer umweltpolitischen Bilanz unterzogen werden;
10. die wirtschaftsfeindliche Hochbesteuerung der fossilen Energieträger beendet wird;
11. die Energiesteuern mindestens bis zum Ende der Energiekrise abgeschafft werden;
12. die Mehrwertsteuer auf Energie auf den geringstmöglichen Wert abgesenkt wird;
13. für die Abschöpfung entstandener Mitnahmeeffekte in erster Linie die seit der Energiekrise von der Merit-Order-Regel besonders profitierenden Wind- und Solarkraftbetreiber in Betracht gezogen werden;
14. die sogenannte Energiewende als gescheitertes Transformationsexperiment beendet wird;
15. die Bevölkerung über die Gefahr eines Blackouts umfassend aufgeklärt wird.

Begründung:

Die gegenwärtige Energiekrise stellt ein hausgemachtes Problem dar, welches durch die sogenannte Energiewende einerseits sowie durch die von der EU und Deutschland verhängten Sanktionen gegen Russland und durch fehlerhaftes Krisenmanagement von Landes- und Bundesregierung andererseits bedingt ist. Mit der Energiekrise steigt die Gefahr eines Blackouts. Die bereits erfolgten Maßnahmen der Landes- und Bundesregierung sind dabei unausgeglichene Ruhigstellungsversuche gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft und belasten ganze Generationen zukünftiger Steuerzahler.

Ohne russisches Erdgas kann die Energieversorgung Deutschlands auf absehbare Zeit nicht zuverlässig, kostengünstig und umweltschonend gewährleistet werden. Die Landesregierung muss sich deshalb zum Wohle der Thüringer Wirtschaft und Bürger beim Bund dafür einsetzen, dass Nord Stream 1 und 2 repariert und in Betrieb genommen werden, um die Energiekrise zu beenden.

Erdgas wird unter anderem zur Herstellung von Strom, zur Beheizung von Gebäuden und als Grundstoff für die chemische Industrie benötigt. Den Großteil seines Energiebedarfs muss der Freistaat über Importe decken, wobei ein Drittel davon mit Erdgas abgesichert wird. Die konventionelle Energieerzeugung bleibt im Energiemix des Landes unentbehrlich. Einige Thüringer Stadtwerke nutzen Erdgas zudem zur Verstromung. Kaum eine andere Energiequelle liefert so günstig und flexibel grundlastfähige Energie.

Derzeit folgt der bis vor kurzem bestehenden Phase des enormen Preisanstiegs für Gas und Strom in Deutschland und Thüringen eine Phase der Preisvolatilität, wodurch Unternehmen und andere Verbraucher keine Planungssicherheit mehr haben. Der Kostenanstieg beim Erdgas war und ist hierbei politisch verursacht. Die Merit-Order bestimmt, dass der Marktpreis für Strom dem teuersten gerade noch akzeptierten An-

gebotspreis entspricht. Um den Strombedarf in Deutschland zu decken, muss gegenwärtig - auch zur Kompensation weggefallener Stromgewinnung aus Kernkraftwerken - verstärkt Strom von Gaskraftwerken ins Netz eingespeist werden, dessen Erzeugungskosten sich durch den gestiegenen Gaspreis massiv erhöht haben. Die Merit-Order-Regel sorgt daher dafür, dass die hohen Erzeugungskosten der Gasverstromung auch den Marktpreis für Strom aus anderen Quellen bestimmen, deren Erzeugungskosten sich nicht erhöht haben. Stromerzeuger wie Solar- oder Windkraftbetreiber können nun zu überteuerten Preisen am Markt verkaufen, ohne dass deren Energieerzeugungskosten oder deren Produktivität gestiegen wären. Sie streichen deshalb ungerechtfertigterweise sehr hohe Gewinne ein.

Mit der CO₂-Steuer wird die bereits erfolgende Besteuerung der Emissionen in den Bereichen Industrie und Energiewirtschaft auf die Bereiche Gebäude und Verkehr ausgeweitet. Dies hat eine finanzielle Mehrbelastung für die Thüringer Bürger und Betriebe zur Folge, wovon insbesondere einkommensschwache Schichten und kleine Betriebe betroffen sind.

Diese Belastung der Thüringer Bürger ebenso wie der Thüringer Wirtschaft durch explodierende und volatile Energiepreise gilt es, schnellstens zu beenden, um Unternehmensschließungen, gerade bei den energieintensiven Betrieben, steigender Arbeitslosigkeit, Massenarmut und entsprechenden sozialen Verwerfungen entgegenzuwirken. Die Landesregierung muss sich zur Ursachenbekämpfung für eine sofortige Aussetzung der Merit-Order, die Abschaffung der CO₂-Steuer und die Reparatur und Inbetriebnahme der Nord-Stream-Pipelines einsetzen. Die Energiepolitik muss sich zum Wohle des Landes pragmatisch an den gegebenen Realitäten ausrichten.

Für die Fraktion:

Hoffmann